

Nordamerikanische Adventisten überdenken Annahme staatlicher Finanzhilfen

US-Gesetze zu staatlichen Hilfsleistungen

Hintergrund der Empfehlung der adventistischen Kirchenleitung ist die Verabschiedung zweier Gesetze durch den US-Kongress, die den Amerikanern kurzfristige wirtschaftliche Hilfe leisten sollen. Es handelt sich dabei um den Coronavirus Aid, Relief and Economic Security Act (CARES) und den Families First Coronavirus Response Act (FFCRA). Die Gesetze sehen eine Pflichtversicherung für direkt von COVID-19 betroffenen Beschäftigten vor. Dabei geht es um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Weiter sind Mittel zur Unterstützung der Lohn- und Gehaltszahlungen vorgesehen. Dazu gehören auch Mittel, die von Arbeitgebern mit weniger als 500 Mitarbeitern zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe eingesetzt werden können. Auch religiöse Institutionen wurden in diesen Gesetzen als berechnigte Empfänger dieser Programme anerkannt.

Empfehlung der Kirchenleitung in Nordamerika

In einer am 8. April verabschiedeten Stellungnahme, die ausdrücklich keine Vorgabe, sondern eher den Charakter einer Empfehlung einnimmt, wird darauf hingewiesen, dass angesichts der unbekanntem wirtschaftlichen Folgen der Krise, einige Einrichtungen der Kirche „Interesse am Zugang“ zu diesen Mitteln hätten. Kirchenleiter und Kirchenmitglieder hätten allerdings auch Bedenken hinsichtlich der Einschränkungen und Bedingungen zur Annahme dieser staatlichen Hilfen geäußert. Vor allem seien Fragen bezüglich der historisch gewachsenen Position der Adventisten zur Trennung von Kirche und Staat aufgekommen.

Berücksichtigung biblischer Grundsätze

Obwohl die Rechtsabteilung zu keinem Zeitpunkt irgendwelche hinderlichen Bedingungen für die Freikirche zu beanstanden hatten, empfehle die NAD-Kirchenleitung, von der Teilnahme an diesen beiden Finanzhilfeprogrammen Abstand zu nehmen. Die Hauptsorge der Leiter bestehe laut dem Dokument darin, das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat aufzugeben. Es sei nach reiflicher Überlegung die Ansicht der NAD-Führung, dass eine Nichtteilnahme an den Hilfsprogrammen am ehesten mit den langjährigen Überzeugungen und Praktiken im Lichte der biblischen Lehren von Offenbarung 13 vereinbar sei. Deshalb seien die Verantwortungsträger im Gebiet der NAD gebeten, „vor einer Inanspruchnahme staatlicher Hilfen die biblische Prophetie und biblische Grundsätze sowie auch die seit langem bestehenden Warnungen der Kirche vor einer Vermischung von Kirche und Staat im Gebet zu bedenken“. Allerdings sollte diese Empfehlung einzelne Kirchenmitglieder nicht davon abhalten, in ihrem persönlichen oder beruflichen Leben staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Ermutigung der Kirchenleitung und Vertrauen auf Gottes Führung

Der Präsident der NAD, Pastor Daniel R. Jackson erklärte, er sei bewegt durch die Berichte der Mitglieder und über die kreativen Wege, die Mission der Kirche weiterhin zu unterstützen. Auch der Schatzmeister der NAD, C. Randolph Robinson, erinnerte in dem Schreiben daran, dass Gott in diesen schwierigen Zeiten mit der Kirche sei und sie alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um die Kirche finanziell zu unterstützen. „Die Kirche wird in der Lage sein, ihre Mission fortzusetzen:“

Andere Situation in Deutschland

Der Vizepräsident der Freikirche in Süddeutschland, Pastor Jens-Oliver Mohr, erklärte auf Nachfrage, dass die Situation in Deutschland eine andere als in den USA sei. Auch die deutschen Adventisten betonten ebenfalls die Trennung von Kirche und Staat, lebten aber in einem anderen Sozialversicherungssystem. Man müsse zwischen den

Sozialleistungen an den Einzelnen und direkter Unterstützung von Kirchen durch den Staat unterscheiden. Die Angestellten seien sozialversichert und könnten über dieses System selbstverständlich im Bedarfsfall auch Leistungen beziehen.

Adventisten in Nordamerika

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) umfasst das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Bermuda, Guam und etliche Inseln im Pazifik mit insgesamt über 365 Millionen Einwohnern. Die 1.3 Millionen Adventisten unterhalten dabei 5.600 Kirchengemeinden. Traditionell erheben die Adventisten keine Kirchensteuer, sondern unterhalten ihre Pastoren und Institutionen durch freiwillige Gaben, zu denen auch der biblische „Zehnte“ gehört.

Das Dokument der NAD im englischen Original:

<https://www.nadadventist.org/sites/default/files/inline-files/NAD%20Counsel%20Regarding%20Coronavirus%20Government%20Aid%20Final%5B3%5D.pdf>